

Liebe Leserin, lieber Leser!

Mitunter werden SPD-Mitglieder, die jetzt ehrenamtlich im Wahlkampf unterwegs sind, gefragt, was die Parteien bei uns in Lichterfelde denn außerhalb der Wahlkämpfe machen. Die Antwort lautet bei der SPD: Wenig anderes als jetzt. Es gibt zwar nicht so viele Infostände auf der Straße, aber es gibt mehrmals im Jahr diese kleine Stadtteilzeitung „Wir in Lichterfelde“ und regelmäßige Mitgliederversammlungen mit Diskussionen und Beschlüssen zu politischen Themen.

Politik wird nicht nur auf Bundesebene gestaltet, sondern auch vor Ort. Die Mitgliederzahlen der Parteien sind zwar rückläufig, aber in Lichterfelde-West sind es konstant über 300 SPD-Mitglieder, die bei Entscheidungen über Personal und Inhalte mitwirken können. Was diese Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten über die Bundestagswahl denken, erfahren Sie in diesem „Wir in Lichterfelde“: Soziale Gerechtigkeit, bezahlbares Wohnen und Friedenspolitik sind Beispiele für die Themen, die in Lichterfelde für bedeutsam erachtet werden.

Auch die SPD-Bundestagskandidatin aus Steglitz-Zehlendorf Ute Finckh-Krämer ist zwar seit langem Sozialdemokratin, engagiert sich aber rein ehrenamtlich und neben ihrem „normalen“ Hauptberuf. Davon lebt unsere Demokratie. Die Mandate, um die es geht, sind Mandate auf Zeit. Eine langjährige Steglitzer Friedenspolitikerin würde dem Deutschen Bundestag in den kommenden vier Jahren gut tun, denken wir!

Mit freundlichen Grüßen



Ihr Martin Matz

Vorsitzender SPD Lichterfelde-West
matz@spd-lichterfelde.de

Neue Grundschule für das Schweizer Viertel

Nach Jahren der Auseinandersetzung wird es nun endlich eine neue Grundschule für die Kinder im Schweizer Viertel geben.

Unser Stadtteil Lichterfelde-West wächst seit zehn Jahren stetig an. Immer neue Häusergebiete werden gebaut, an vielen Stellen wird verdichtet und die „zweite Reihe“ genutzt. Lichterfelde-West ist beliebt – vor allem für Familien mit Kindern. Leider wird es seit Jahren von der Bezirkspolitik versäumt, für

ausreichend Schulplätze zu sorgen. Das Ausmaß des Schulnotstands zeigt sich an immer voller werdenden Grundschulen, vor allem die Clemens-Brentano-Schule musste immer mehr Schülerinnen und Schüler aufnehmen. Im Schuljahr 2012/2013 musste sogar der letzte Fachraum abgeschafft und als Klassenraum umgenutzt werden, nachdem die zusätzlichen Räume der ehemaligen Hausmeisterwohnung auch nicht mehr ausgereicht haben.

Herumdoktorei statt Problemlösung

Anstatt das Problem grundsätzlich anzugehen und für neuen Schulraum zu sorgen, wurde in den letzten Jahren von der Schulstadträtin Cerstin Richter-Kotowski (CDU) nur herumgedoktort: Mal sollte eine Filiale der Grundschule aufgemacht werden, wogegen sich Eltern und SPD erfolgreich gewehrt haben. Dann wurden Einzugsbereiche zusammengelegt mit der Hoffnung, so die Kinder besser im Bezirk hin- und her rangieren zu können.

Nun erklärte die Stadträtin im Schulausschuss überraschend, dass im Zuge der Überarbeitung der Einzugsgebiete eine neue Schule in Lichterfelde geschaffen wird. Als Standort wird die umgebaute Paul-Braune-Schule im Sackgassen-Bereich der Finckensteinallee



Die neue Grundschule soll im nächsten Schuljahr im Gebäude der ehemaligen Paul-Braune-Schule starten.

dienen. Die Schule soll einen neuen Zugang von der Sackgasse aus erhalten, so dass die Schülerinnen und Schüler nicht bis zur Drakestraße vorgehen müssen. Der neue Einschulungsbereich erstreckt sich zwischen Finckensteinallee, Goerzallee, Luzerner Straße und Baseler Straße. Damit ist auch endlich der Missstand beseitigt, dass Teile der Carstennstraße zum Einzugsgebiet der Schweizerhof-Schule am Teltower Damm gehören. Für die kleinen Geschwister im Schweizer Viertel ist ausdrücklich eine Regelung vorgesehen, damit diese auf Wunsch auch auf der Brentano-Schule bei ihren älteren Geschwistern eingeschult werden können.

Erfolg der SPD

Seit 2011 drängt die SPD in der BVV auf eine Lösung. Mit mehreren Anfragen und Anträgen wurde immer wieder Druck auf das Bezirksamt ausgeübt. Nun wird es endlich - 12 Jahre nach dem Baubeginn im Schweizer Viertel - eine Lösung für die dort lebenden Familien geben. Die Planungen wurden bereits im Schulausschuss vorgestellt, einen abschließenden Beschluss wird das Bezirksamt in den nächsten Wochen fällen.

Jan Kellermann
Stellv. Vorsitzender SPD Lichterfelde-West
und Bezirksverordneter im Schulausschuss

„Ich will etwas bewegen“

Unterwegs mit Ute Finckh-Krämer, SPD-Direktkandidatin in Steglitz-Zehlendorf

Montagabend, 18 Uhr, Hindenburgdamm 81/82. Die roten Backsteinhäuser leuchten in der untergehenden Sonne. In einem der hinteren Aufgänge steigt Ute Finckh-Krämer zügig bis in die 5. Etage und klingelt. Nichts rührt sich. Der Flur bleibt still. Sie klingelt an der nächsten Wohnungstür. Auch niemand zu Hause. An der dritten Tür hat sie schließlich Glück: „Hallo, darf ich mich vorstellen?“, fragt sie den älteren Herrn, der geöffnet hat. „Ich bin die SPD-Direktkandidatin, vielleicht haben Sie mich schon auf einem Plakat gesehen.“

Ja, der Mann nickt. Er nimmt den Flyer, den Ute ihm reicht, dreht und wendet ihn und schaut fast ein bisschen ungläubig auf das Foto und wieder auf die Frau, die da vor ihm steht. „Sind Sie denn für einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro für alle?“, möchte Ute wissen und erhält sofort seine Zustimmung. Die Frage, was die SPD als erstes anpacken soll, wenn sie an die Regierung kommt, bringt den Mann dagegen ins Grübeln. „Da gibt es eine ganze Menge! Der Mindestlohn ist wichtig, aber an die hohen Mieten muss man auch ran“, sagt er nach einer Weile. Jetzt ist es Ute, die nickt. Wohnen muss bezahlbar bleiben, das gilt auch für Lichterfelde. Und Maklergebühren muss künftig derjenige zahlen, der den Makler beauftragt hat, so steht es im SPD-Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt. Möglich werden diese Pläne jedoch nur, wenn die SPD genügend Stimmen bei der Bundestagswahl erhält. Der ältere Mann verspricht jedenfalls, am 22. September wählen zu gehen. „Alles Gute!“, sagt er noch, dann schließt sich die Tür und Ute drückt bereits den nächsten Klingelknopf.

Gespräche statt Materialschlacht

An etwa 120 Türen ihres Wahlkreises 079 hat Ute Finckh-Krämer bereits direkt mit den Menschen gesprochen. Zusätzlich sind überall im Bezirk Unterstützerinnen und Unterstützer unterwegs, von Tür zu Tür, immer zu zweit. Ausgestattet mit Infomaterial, viel Zeit und der Überzeugung, dass der persönliche Kontakt wichtiger ist als die Materialschlacht an den Laternen, klingeln sie – und machen viele positive Erfahrungen. Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner sind erstaunt über den Besuch, freuen sich und sprechen offen über ihre Anliegen. Viele wollen sich noch mit den Wahlprogrammen befassen, die meisten kündigen an, von ihrem



Nachbarschaftswahlkampf am Hindenburgdamm: Ute Finckh-Krämer geht „von Tür zu Tür“

Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Der Nachbarschaftswahlkampf zählt zu den zentralen Aktionen bis zum 22. September. Immer kann Ute nicht dabei sein, ihr Terminkalender ist in den letzten Wochen vor der Wahl randvoll mit Diskussionsveranstaltungen in den Schulen des Bezirks, Podien in Seniorenvertretungen, Alters- und Pflegeeinrichtungen, mit dem Besuch von Sommerfesten, Informationsständen und – nicht zu vernachlässigen – mit der Beantwortung von E-Mails und zahlreichen Fragen für Plattformen wie „Abgeordnetenwatch“ oder „Wen Wählen“.

Unterschiede sichtbar machen

Am liebsten ist ihr übrigens die direkte Auseinandersetzung mit ihren Mitbewerberinnen und Mitbewerbern der anderen Parteien auf einem Podium. Insbesondere dort kann sie die Unterschiede in den Positionen sichtbar zu machen. Denn dass es durchaus eine Rolle spielt, ob sie oder ihr Gegenkandidat von der CDU, Karl-Georg Wellmann, in den Bundestag gewählt wird, zeigt das aktuelle Beispiel Syrien: Während Wellmann sich für einen Militärschlag des Westens – notfalls ohne UN-Mandat – ausgesprochen hat, hält die Friedenspolitikerin Ute Finckh-Krämer ein militärisches Eingreifen für falsch. Es würde in keinem Fall zu einer Befriedung des Konfliktes beitragen, aber eine Vielzahl weiterer Todesopfer nach sich ziehen.

Die Mathematikerin glaubt fest an gewaltfreie Methoden der Auseinandersetzung. „Ich stehe für Frieden und soziale Gerechtigkeit“, sagt sie. „Und

das hängt sehr eng zusammen.“ Ihre Positionen leiten sich aus ihrem langjährigen Engagement in der evangelischen Kirche und in der Friedensbewegung als Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung und aktives Mitglied der „Plattform Zivile Konfliktbearbeitung“ ab. „Ich lebe, was ich politisch fordere“, sagt sie.

Nach 20 Hausbesuchen an diesem Abend schwingt sich die Kandidatin auf ihr Fahrrad, das sie nicht nur während des Wahlkampfes, sondern tagtäglich aus Überzeugung nutzt – was wohl auch der Grund dafür ist, warum sie nach dem vielen Treppensteigen nicht aus der Puste kommt. Zusätzlich fit hält sie sich mit fernöstlichem Sport: Ute ist Übungsleiterin in der Abteilung Aikido des SSC Südwest und nimmt sich dort einmal pro Woche eine Auszeit, um Kraft zu tanken. Denn egal, ob auf dem Podium, an der Haustür oder am Infostand: Ute Finckh-Krämer kämpft um jede Stimme im Bezirk. „Ich habe das Gefühl, dass wir gerade etliche Wählerinnen und Wähler zurückgewinnen und motivieren können, am 22. September zur Wahl zu gehen“, sagt sie. „Das will ich weiter stärken, jeden Tag bis zu Wahl.“

Das Ziel ist klar: Ute will am 22. September für Steglitz-Zehlendorf in den Deutschen Bundestag einziehen. „Und dann werde ich alles daran setzen, eine richtig gute Abgeordnete zu werden, die möglichst viele Anliegen der Bürgerinnen und Bürgern ihres Wahlkreises politisch vertreten kann.“

Jana Kellermann

Politische Prioritäten setzen: Haushaltsberatungen im Bezirk

Bezirksverordnete diskutieren über Doppelhaushalt 2014/15

Haushaltsberatungen für 2014/2015 in Steglitz-Zehlendorf, wie wirkt sich das auf die Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks aus? Es geht nicht um Kleinigkeiten, denn das Bezirksamt darf laut Haushaltsentwurf über 500 Mio. Euro pro Jahr ausgeben. Ein großer Teil der Ausgaben ist für so genannte Transferausgaben im Sozial- und Jugendbereich eingeplant. Personalausgaben für etwa 1.700 Vollzeitstellen in Bürgeramt, Sozial- und Jugendamt, Immobilien und Stadtplanung sind ebenso ein großer Anteil.

In Haushaltsberatungen zeigt sich, welche politischen Schwerpunkte wirklich gesetzt werden. Die Diskussionen werden sich besonders um den Sanierungsstau in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden drehen. Dabei ist nicht nur die insgesamt zur Verfügung stehende Geldsumme entscheidend, sondern auch deren Verteilung auf Gymnasien, Sekundarschulen, Grundschulen oder andere Verwaltungsge-

bäude. Welche Sanierung ist tatsächlich die dringendste?

Schwarz-Grün versenkte 1,5 Mio

Für den Sanierungsstau – gerade auch in Schulen des Bezirks – ist das Bezirksamt zu einem guten Teil selbst verantwortlich: Für den Traum eines „Null-Emissions-Rathauses“ mit dem Projektnamen Sarazenu hat die schwarz-grüne Rathauskoalition rund 1,5 Mio. Euro Planungskosten verbraucht, ohne dass es realisiert wurde. Im Jahresbericht des Rechnungshofs gab es dafür eine ausführliche Würdigung. Aber den öffentlichen Gebäuden des Bezirks fehlt das sinnlos ausgegebene Geld.

Der Bezirk erhält etwa 390 Mio. Euro pro Jahr vom Land Berlin. Ein Teil dieses Geldes hängt davon ab, in welcher Höhe der Bezirk Investitionen beim Land anmeldet. So erhalten angesichts wieder steigender Schülerzahlen fast alle Bezirke extra Geld für Schulneubauten vom Senat. Steglitz-Zehlendorf gehört nicht dazu, weil man keine Gelder beantragt hat, obwohl in der Nähe mehrerer Neubaugebiete Grundschulplätze fehlen.

Haushaltsberatungen sind also nicht langweilig, sondern spiegeln die politische Prioritätensetzung wider. In Steglitz-Zehlendorf könnte das besser laufen.

Übrigens: 50.000 Euro werden jedes Jahr nicht durch die Haushaltsberatungen festgelegt, sondern stehen als „Sondermittel“ während des Jahres dem BVV-Haushaltsausschuss zur Verfügung. Vereine und Initiativen können für ihre Projekte einen Teil davon beantragen. Nähere Informationen gibt es im Netz unter www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/bvv/sondermittel.html oder bei den Bezirksverordneten aus Lichterfelde-West: Jan Kellermann und Martin Matz (siehe Kasten).

Martin Matz

Vorsitzender SPD Lichterfelde-West, Haushaltspolitischer Sprecher der BVV-Fraktion

Tempo 30 in der Lausanner Straße

Die Lausanner Straße ist die Erschließungsstraße für das Schweizer Viertel. Dies wird gerne als Einladung gesehen, dort schneller zu fahren als die zulässigen 30 km/h. Da es aus Sicherheitsgründen nicht möglich ist, die Straße durch bauliche Maßnahmen zu verengen, wurden jetzt am Anfang und Ende zusätzlich Tempo-30-Zeichen auf die Straßenoberfläche aufgemalt. Diese Maßnahme ging auf die Initiative der AnwohnerInnen zurück.

Schulweg sicherer machen / Zebrastreifen Baseler Straße

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat sich das Bezirksamt mit dem Schulweg der Brentano-Grundschule beschäftigt. In diesem Zuge wurde die Kreuzung Altdorfer Ecke Baseler Straße baulich verändert. Für die leichtere Querung der Baseler Straße wird in den nächsten Monaten südlich der Altdorfer Straße ein Zebrastreifen errichtet werden. Eine stundenweise Geschwindigkeitsbegrenzung der Finckensteinallee in Höhe der Schule haben CDU und Grüne leider abgelehnt.

Für Lichterfelde in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)



Jan Kellermann

Sprecher für Wirtschaft, Personal, Europa

Weitere Ausschüsse:

- Schule
- Sport

jan.kellermann@spd-lichterfelde.de



Martin Matz

Haushaltspolitischer Sprecher

Weitere Ausschüsse:

- Bau und Immobilien
- Gesundheit und Gleichstellung

martin.matz@spd-lichterfelde.de

Wie funktioniert Bezirkspolitik?

Gleichzeitig mit der Wahl zum Abgeordnetenhaus werden die **Bezirksverordneten** gewählt. Die 55 Bezirksverordneten bilden die **Bezirksverordnetenversammlung (BVV)**. Die BVV wählt zu Beginn der Legislatur den Bezirksbürgermeister und die 4 Stadträte. Diese bilden zusammen das **Bezirksamt**, dem die Führung der Verwaltung obliegt.

Während die Bezirksverordneten ehrenamtlich tätig sind, sind die Mitglieder des Bezirksamts hauptberufliche Beamte auf Zeit.

Zur Wahl des Bürgermeisters bildet sich in der Regel eine **Zählgemeinschaft** aus mehreren Fraktionen. Diese besteht

in Steglitz-Zehlendorf aus CDU und Grünen. Die Bezirksstadträte hingegen verteilen sich auf alle Fraktionen (je nach Größe).

Während das Bezirksamt die Verwaltung leitet, dient die Bezirksverordnetenversammlung zur Kontrolle der Verwaltung. Daher beziehen sich Beschlüsse auch nur darauf, das Bezirksamt um Anliegen zu "ersuchen" oder über die BVV Anfragen zu stellen. Die BVV ist also – im Gegensatz zu einem Parlament – nicht gesetzgebend, aber maßgeblich für die Gestaltung unseres Bezirks verantwortlich. Das Baurecht ist in Berlin übrigens Aufgabe der Bezirke.

www.spd-fraktion-steglitz-zehlendorf.de

Wählen gehen!

Am 22. September ist Bundestagswahl – und keiner geht hin?

Nein, so weit ist es tatsächlich noch nicht, aber es steht zu befürchten, dass die Wahlbeteiligung weiter sinken wird. 1998 gingen noch 82,2% zur Wahl des Deutschen Bundestages und 2009 waren es nur noch 70,8%. Und am 22.9.2013?

Die Nichtwähler sind auf dem Weg, die stärkste Gruppe zu werden. Das ist für unsere entwickelte Demokratie bedenklich. Desinteresse? Gleichgültigkeit? Siegesgewissheit? Unzufrieden mit den Parteien und/oder den Kandidaten? Ein müder, uninspirierender Wahlkampf?

Auch wenn einiges davon zutreffen mag: Wer nicht zur Wahl geht, bekommt garantiert diejenige Partei oder den Kandidaten „serviert“, die er bestimmt gar nicht will. Wer meint, durch Wahlen verändert sich nichts? Nur durch Beteiligung an der Wahl kann man daran etwas ändern!

Sie haben zwei Stimmen!

Also, gehen Sie zur Wahl und machen Sie deutlich, was und wen Sie wollen! Und denken Sie daran, wenn Sie den Wahlschein vor sich haben: Auch wenn sie so heißt, die „Erststimme“ auf der linken Seite des Wahlzettels ist weniger wichtig als die „Zweitstimme“ auf der rechten Seite. Denn nur mit Ihrer „Zweitstimme“ wählen Sie eine Partei und bestimmen damit die Kräfteverhältnisse im Bundestag. Je mehr Prozent der Wählerstimmen eine Partei erhält, desto mehr Kandidaten von der jeweiligen Landesliste ziehen in den Bundestag ein. Mit der

„Erststimme“ wählen Sie direkt einen in seinem Wahlkreis aufgestellten Kandidaten. Wer hier die meisten Stimmen bekommt, erhält das „Direktmandat“ und zieht in den Bundestag ein.

Die Hälfte der 598 Sitze im Bundestag wird für die Direktkandidaten reserviert, die andere Hälfte durch die Landeslisten bestimmt. Erhält eine Partei mehr Direktmandate als ihr aufgrund der Zweitstimmen Sitze zustehen, ziehen dennoch alle direkt Gewählten in den Bundestag ein (sog. Überhangmandate).

Wechsel als Wesensmerkmal

Je geringer die Wahlbeteiligung wird, desto eher werden die Parteien an den (rechten und linken) Rändern des Parteienspektrums gestärkt. Je mehr Wähler Parteien wählen, die insgesamt keine Chance haben, über die 5%-Hürde zu kommen, kann eine Mehrheit im

Bundestag bereits weit unter 50% möglich werden.

Also, gehen Sie bitte wählen, denn nur so unterstützen und stärken Sie unsere Demokratie. Denken Sie daran, dass Sie mit Ihrer „Zweitstimme“ zum Ausdruck bringen, welche Mehrheitsverhältnisse Sie im Deutschen Bundestag wollen und welche Regierung daraus entstehen soll. Und vergessen Sie nicht: auch der Wechsel gehört zum Wesensmerkmal der Demokratie.

Jörg Hennerkes



Termine

Lichterfelder Bürgersprechstunde

Mittwoch, 23.10.2013 18:30 Uhr Bürgersprechstunde mit den Lichterfelder Bezirksverordneten zu Ihren Fragen und Anregungen.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme!

Ort: Restaurant Enzian, Enzianstr. 5, 12203 Berlin, gegenüber S-Bhf. Botanischer Garten

Wohin steuert der Berliner Doppelhaushalt 2014/15?

Mittwoch, 06.11.2013 19:30 Uhr Zu Gast bei uns: Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos). Ulrich Nußbaum wird uns über die aktuellen Entwicklungen und Konflikte des Doppelhaushalts informieren. Anschließend ist Zeit für Fragen und Diskussion mit dem Senator.

Ort: Restaurant Enzian, Enzianstr. 5, 12203 Berlin, gegenüber S-Bhf. Botanischer Garten

Impressum / Kontakt

Herausgeberin: Abteilung Lichterfelde-West der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

ViSdP: Martin Matz, SPD-Kreisbüro, Thaliaweg 15, 12249 Berlin.

Telefon: 76 67 98 54 (Kreisbüro)

Internet:

www.spd-lichterfelde-west.de

E-Mail: info@spd-lichterfelde.de

Die Redaktion freut sich über Hinweise, Kritik und Mitarbeit an der nächsten Ausgabe!

Fotos: Jana Kellermann

Klimaneutral gedruckt.